# Dokumentation des 12. Berliner Fachtags



# Inhaltsverzeichnis

**Einleitung..... 3**

**Teilnehmerkreis und Beteiligung.....4**

**Begrüßung und Rahmenmoderation.....5**

**Eröffnungsrede und Grußwort..... 6 und 7**

**Impulsvortrag und Ausstellung..... 8 und 9**

**Vier Dialogforen..... 10 bis 17**

**Fishbowl und Ergebnisse.....18 und 19**

**Politische Forderungen.....20 bis 22**

**Abschluss und Ausblick.....23**

**Anlagen und Programm.....24 bis 26**

# Einleitung

Wer gehört dazu, wessen Sprache wird gehört und wer kann Bildung mitgestalten? Diese Fragen standen im Mittelpunkt unseres 12. Berliner Fachtags Mehrsprachigkeit und Bildung „Mit(Sprache) – Mehrsprachigkeit stärken. Diskriminierung abbauen. Demokratie leben.“ am 23. September 2026 im Nachbarschaftshaus Urbanstraße in Berlin. Der Titel verbindet die Anerkennung sprachlicher Vielfalt mit dem Anspruch, gesellschaftlich mitzusprechen und Entscheidungen mitzugestalten.

Mehrsprachigkeit prägt den Alltag vieler Kinder und Familien. Ihre Sprachen tragen Wissen, Beziehungen und Erfahrungen in sich. Ob diese Sprachen in Bildungseinrichtungen und öffentlichen Angeboten anerkannt werden, hat Folgen für Zugehörigkeit, Bildungswege und Beteiligung.

Sprachliche Barrieren und die Abwertung einzelner Sprachen schränken Zugänge ein und können Familien vermitteln, dass ihre Erfahrungen weniger zählen. Mehrsprachige Bildung ist deshalb eng mit Bildungsgerechtigkeit und demokratischer Teilhabe verbunden.
Als BEFaN-Netzwerk bei Yekmal e. V. haben wir Menschen aus Migrant*innenorganisationen, Bildungspraxis, Elternvertretung, Bibliotheken, Wissenschaft, Verwaltung und Politik zusammengebracht. Der gut besuchte Fachtag bot Raum, Erfahrungen zu teilen, institutionelle Hürden zu benennen und gemeinsame Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die Perspektiven der Menschen, die diese Hürden im Alltag erleben, waren dabei ein wesentlicher Ausgangspunkt.

Die Arbeit des Netzwerks setzt an der Verbindung von Alltagserfahrungen und institutioneller Verantwortung an. Migrant*innenorganisationen bringen Wissen über die Lebenslagen von Familien, bestehende Zugangsbarrieren und gelingende Wege der Beteiligung ein. Dieses Wissen muss in Bildungsplanung und Qualitätsentwicklung wirksam werden. Der Fachtag bot dafür einen gemeinsamen Gesprächsraum.

Der Impulsvortrag von Prof. Dr. Katharina Brizić eröffnete einen Blick auf das Verhältnis von Sprache und Macht. Ein Einblick in das Ausstellungsprojekt „Real Talk!“ ergänzte die museale Perspektive. In vier Dialogforen wurden Herausforderungen und Forderungen vertieft. Die anschließende Fishbowl führte die Ergebnisse zusammen und verband sie mit unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten.

Diese Dokumentation hält die zentralen Beiträge und Ergebnisse fest und macht sichtbar, an welchen Stellen Veränderung notwendig ist. Sie soll die weitere Zusammenarbeit unterstützen und eine Grundlage für Gespräche mit den verantwortlichen Institutionen schaffen. Unser Anliegen reicht über den Veranstaltungstag hinaus: Anerkennung muss sich in zugänglichen Angeboten, diskriminierungssensibler Praxis und verlässlichen Möglichkeiten der Mitgestaltung zeigen.

Die vier Dialogforen bildeten den partizipativen Kern des Fachtags. Die Teilnehmenden brachten Erfahrungen aus Migrant*innenorganisationen, Bildungseinrichtungen, Bibliotheken und der Elternarbeit ein. Gemeinsam diskutierten sie institutionelle Hürden, sammelten gelingende Ansätze und entwickelten Handlungsempfehlungen. Drei Leitfragen strukturierten die Arbeit: Was sind die zentralen Erkenntnisse? Welche konkreten Forderungen ergeben sich daraus? Wer muss handeln?

# Teilnehmerkreis und partizipativer Charakter

Zum Fachtag hatten sich 106 Personen angemeldet; 87 nahmen vor Ort teil.

Der Fachtag „Mit(Sprache)“ brachte Menschen aus Migrant*innenorganisationen, Bildungseinrichtungen, sozialen Trägern, öffentlicher Verwaltung, Wissenschaft und Politik zusammen. Diese breite Zusammensetzung ermöglichte es, Mehrsprachigkeit, Bildungsgerechtigkeit und demokratische Teilhabe aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren.

Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung von Migrant*innenorganisationen und migrantischen Netzwerken. Dazu gehörten MaMis en Movimiento, Yekmal einschließlich der Yekmal Akademie, NARUD, MigrArtePerú e. V., Etehad, Club Dialog, das Roma Informationen Centrum, Club Solete, Trixiewiz, HDB, SprachCafé Polnisch, Sources d’Espoir e. V. sowie das Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildungund Teilhabe (bbt). Sie brachten Erfahrungen und Wissenaus mehrsprachiger Bildungsarbeit, Elternarbeit, Beratung, Empowerment und gesellschaftlicher Selbstorganisation ein. Ihre Mitwirkung stärkte den Anspruch des Fachtags, migrantische Perspektiven als eigenständige Expertise anzuerkennen und in die Gestaltung von Bildung und Teilhabe einzubeziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der pädagogischen und sozialen Praxis. Der Teilnehmerkreis umfasste Personen aus Kitas und Kitaträgern, Schulen, Schulsozialarbeit, Familien- und Stadtteilzentren sowie der pädagogischen Aus- und Fortbildung. Dazu zählten beispielsweise Fröbel, die VAK-Kindertagesstätten, die Halensee-Grundschule, die Deutsch-Skandinavische Gemeinschaftsschule, die WeTeK-Fachschule und das Familienzentrum Efeuweg.

Organisationen wie RAA Berlin, das Institut Kinderwelten und das International Rescue Committee ergänzten diesen Kreis. Damit waren Arbeitsfelder vertreten, in denen sich Fragen der sprachlichen Anerkennung, der Elternbeteiligung und des Diskriminierungsschutzes täglich konkret stellen.

Auch öffentliche Institutionen waren vertreten, darunterdie Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die Bezirksämter Pankow und Mitte, das Jugendamt Pankow sowie die Stadtbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg. Die GEW, kommunalpolitische Vertreter*innen und der Arbeitsbereich Sonderpädagogik der Freien Universität Berlin ergänzten die Zusammensetzung um gewerkschaftliche, politische und wissenschaftliche Perspektiven.

Diese Vielfalt bildete eine wichtige Grundlage für den partizipativen Charakter des Fachtags. In den Dialogforen und der Fishbowl-Diskussion konnten die Teilnehmenden eigene Erfahrungen einbringen, Herausforderungen benennen und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten diskutieren. So wurden Praxiswissen, migrantische Selbstorganisation, wissenschaftliche Erkenntnisse und institutionelle Verantwortung miteinander verbunden.

Die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises verdeutlichte zugleich: Mehrsprachigkeit anzuerkennen, Diskriminierung abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, ist eine gemeinsame Aufgabe.Dafür braucht es verlässliche Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Migrant*innenorganisationen müssen dabei als gleichberechtigte Partner*innen mit eigenen Erfahrungen, Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten einbezogen werden.

# Begrüßung und Rahmenmoderation




**Remziye Uykun, Koordinatorin des BEFaN-Netzwerks, führte als Rahmenmoderatorin durch den Fachtag.**

Als Koordinatorin des BEFaN-Netzwerks übernahm Remziye Uykun beim Fachtag eine doppelte Rolle: Sie war sowohl für die Organisation als auch für die Moderation verantwortlich. Über viele Jahre hatte Danilo Vetter,Leiter der Stadtbibliothek Pankow sowie langjähriger Kooperationspartner und Mitveranstalter, die BEFaN-Fachtage mit großer Professionalität moderiert. Da er diesmal nicht teilnehmen konnte, übernahm Remziye Uykun diese Aufgabe.

In ihrer Begrüßung hieß sie die Teilnehmenden, Mitwirkenden und Kooperationspartner*innen herzlich willkommen. Sie stellte die Veranstaltungsreihe und den Fachtag als zusammenhängendes Gesamtkonzept vor, desseneinzelne Veranstaltungen aufeinander aufbauten, und erläuterte die Ziele des Fachtags. Anschließend führte sie in das Programm ein, gab wichtige organisatorische Hinweise und behielt den Zeitplan im Blick. Während des Tages begleitete sie als Rahmenmoderatorin durch die Programmpunkte und sorgte für fließende Übergänge.

Die Rahmenmoderation verband die einzelnen Beiträge und Austauschformate zu einem gemeinsamen Arbeitsprozess. Fragen und Erfahrungen aus der Praxis wurden in den Dialogforen vertieft und anschließend in die Fishbowl-Diskussion eingebracht. So konntendie Teilnehmenden den Fachtag inhaltlich mitgestalten.

# Eröffnungsrede




**Günay Darici bei der Eröffnung des 12. Berliner Fachtags Mehrsprachigkeit und Bildung.**

Mit „Silav“ und einem herzlichen Willkommen eröffnete Günay Darici den Fachtag. Sie beschrieb Sprache als Trägerin von Herkunft, Erinnerung und Identität sowie als Voraussetzung für Zugehörigkeit, Teilhabe und Anerkennung. Ihre zentrale Frage lautete, ob die sprachliche Vielfalt Berlins auch in seinen Institutionen angemessen wahrgenommen und gefördert wird. „Mehrsprachigkeit bedeutet nicht automatisch Gleichberechtigung.“

Darici verwies besonders auf staatenlose und institutionell wenig sichtbare Sprachen wie Kurdisch. Obwohl sie in vielen Familien über Generationen weitergegeben werden, bleiben sie in Bildungsinstitutionen, Informationsmaterialien und öffentlichen Kampagnen häufig unberücksichtigt. Sichtbarkeit vermittelt Menschen, dass ihre Geschichte, ihre Familie und ihre Community zur Gesellschaft gehören.

Demokratische Teilhabe beginnt für Darici beim Zugang zu Informationen, bei der Möglichkeit, die eigene Stimme einzubringen, und bei der Anerkennung unterschiedlicher Lebensrealitäten. Kinder bringen mit ihren Familiensprachen zusätzliche Fähigkeiten, Erfahrungen und Wissen in Kita und Schule ein. Eltern müssen mit ihren Sprachen und Perspektiven als gleichberechtigte Partner*innen ernst genommen werden.

Daraus folgt der Anspruch, Mehrsprachigkeit dauerhaft in Bildung, Verwaltung, Bibliotheken, Kultur und politischer Kommunikation zu verankern. Darici verband die vier Themen des Fachtags mit der Frage, wie Menschen mit ihrer Sprache selbstverständlich dazugehören können. Sie dankte den Mitwirkenden und Kooperationspartner*innen und würdigte Remziye Uykuns Einsatz für Koordination, Vernetzung und die Organisation des Fachtags.
Grundlage: Eröffnungsrede von Günay Darici.

# Grußwort




**Senatorin Cansel Kiziltepe beim Grußwort zum Fachtag Mit(Sprache).**

Senatorin Cansel Kiziltepe betonte, dass Mehrsprachigkeit, Teilhabe und demokratisches Miteinander etwas Besonderes seien und gestärkt werden müssten. Berlin sei eine Stadt, in der Menschen aus mehr als 190 Staaten lebten und rund 250 Sprachen gesprochen würden.

Mehrsprachigkeit präge den Alltag in Kitas und Schulen: Rund 43 Prozent der Berliner Schüler*innen hätten eine andere Familiensprache als Deutsch. Sie sei kein Sonderfall, sondern Teil der Berliner Normalität und für viele Menschen auch ein Stück ihrer Identität.

Daraus folge ein klarer Auftrag für öffentliche Einrichtungen. Mehrsprachigkeit dürfe nicht als Hindernis gelten,sondern müsse als Ressource und Bildungskapital anerkannt werden. Kinder sollten ihre Familiensprache nicht verstecken oder zurücklassen müssen, um erfolgreich zu sein. Mehrsprachigkeit ende nicht mit dem Unterricht. Sie betreffe ebenso die Zusammenarbeit mit Eltern, die Gestaltung von Bibliotheken sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen und die Frage, wie Familien angesprochen werden. Entscheidend sei auch, wer in den Institutionen mitreden und mitgestalten könne.

Hier leiste das BEFaN-Netzwerk seit vielen Jahren wichtige Arbeit.Seit seiner Gründung 2015 habe es sich zu einem wichtigen Akteur der Berliner Partizipations- und Bildungspolitik entwickelt. Es bringe Migrant*innenorganisationen, Bildungseinrichtungen, Fachleute, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen. So mache BEFaN Community-Expertise sichtbar und bringe sie in die institutionelle Praxis ein.

Das Netzwerk sei weit mehr als ein Fachnetzwerk. Es stehe für stabile und vertrauensvolle Bündnisse zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Gerade in gesellschaftlich angespannten Zeiten seien solche Verbindungen wichtig. Demokratie sei dort stark, wo Menschen erfahren: „Meine Stimme zählt. Meine Erfahrung zählt.“

# Sprache Macht und Demokratie

**Impulsvortrag „Sprache, Macht und Demokratie: Zwei Beispiele aus der Schule“ Prof. Dr. Katharina Brizić · Universität Freiburg und MultiLX Berlin**



**Prof. Dr. Katharina Brizić während ihres Impulsvortrags.**

Wie können Schulen Mehrsprachigkeit fördern, wenn Sprachen gesellschaftlich unterschiedlich anerkannt sind? Katharina Brizić verdeutlichte anhand zweier Beispiele, dass die Einbeziehung von Erstsprachen eng mit Machtverhältnissen und Diskriminierungserfahrungen verbunden ist. Ausgangspunkt war Translanguaging: Möglichst alle Sprachen der Schüler*innen werden als Ressourcen für das Lehren und Lernen genutzt.Ziel ist es, sprachliche Hierarchien abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

An einer Grundschule mit Kindern, die in ihren Familien Rumänisch und Romanes sprechen, gelang trotz des Engagements der Lehrkräfte vor allem die Einbeziehung des Rumänischen. Die Geschichte und Gegenwart von Verfolgung und Ausgrenzung können dazu führen, dass Kinder Romanes auch in einem mehrsprachigkeitsfreundlichen Umfeld nicht nutzen möchten. Die Publikumsdiskussion unterstrich zudem die Notwendigkeit, diskriminierende Bezeichnungen auch in wissenschaftlichen Beiträgen sensibel zu behandeln.

Das zweite Beispiel beschrieb die Begegnung von Gymnasiast*innen mit einer ezidischen Überlebenden des Genozids in Shingal. Ein Schüler nutzte Kurdisch, um sie bei einer Übersetzung ins Deutsche zu unterstützen. Ihre zentrale und anerkannte Position im Klassenraum hatte offenbar einen Rahmen geschaffen, in dem er seine gesellschaftlich stigmatisierte Sprache einbringen konnte.

Die zentrale Schlussfolgerung: Schulbehörden und Lehrkräfte müssen Bedingungen schaffen, unter denen junge Menschen ihre Sprachen ohne Angst vor erneuter Diskriminierung nutzen können. Diese Verantwortung darf nicht auf Kinder und Jugendliche verlagert werden.

*Grundlage: Kurzzusammenfassung des Vortrags von Katharina Brizić.*

# Ausstellungseinblick

## Real Talk! Sprache. Macht.Welt.

**Anne Stabler und Lianne Oonwalla, Kuratorinnen der Ausstellung „Real Talk!“ am Museum für Kommunikation Berlin, gaben beim Fachtag einen Einblick in das Ausstellungsprojekt. Damit ergänzte eine museale Perspektive die Beiträge aus Wissenschaft und Bildungspraxis.**




**Anne Stabler und Lianne Oonwalla beim Ausstellungseinblick auf dem Fachtag Mit(Sprache).**

Die Ausstellung beschäftigt sich mit Sprache in einer vielfältigen, mehrsprachigen und technologisierten Gesellschaft. Sie betrachtet, wie Sprache Verständigung und Zugehörigkeit ermöglicht und wie sprachliche Hierarchien entstehen. Mehrsprachigkeit wird als gesellschaftliche Realität aufgegriffen; sprachliche Vielfalt soll als Bereicherung erfahrbar werden.

Objekte, Medien und interaktive Stationen laden dazu ein, die eigene Sprachwelt zu erkunden. Zu den Themen gehören Übersetzen und Sprachenlernen, die Verbindung von Sprache und Macht sowie der Wandel von Sprachen. Dabei wird auch deutlich, dass Benennungen unsere Wahrnehmung beeinflussen und Sprache sowohl zur Ausgrenzung als auch zur Selbstermächtigung eingesetzt werden kann.

Für den Fachtag liegt darin eine Verbindung zu seinen zentralen Anliegen: Wie wird sprachliche Vielfalt öffentlich dargestellt? Welche Erfahrungen und Stimmen erhalten Raum? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen betrifft auch kulturelle Einrichtungen. Museen können Orte sein, an denen Menschen ihre eigenen Sprachwelten reflektieren und unterschiedliche Perspektiven kennenlernen.

*Die Ausstellung ist für den Zeitraum vom 6. November2026 bis zum 27. Februar2028 angekündigt.*
*Ausstellungsbeschreibung: Museumfür Kommunikation Berlin https://www.mfk-berlin.de/ausstellung-real-talk/*

# Dialogforum 1

## Mehrsprachigkeit von Anfang an leben

**Leitung: Xemse Bayram, Kita Pîya, und Olenka Bordo Benavides, RAA Berlin**

Im Dialogforum wurde aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert, wie Mehrsprachigkeit von der frühkindlichen Bildung an als Ressource anerkannt und in der pädagogischen Praxis sowie strukturell verankert werden kann. Besprochen wurden bestehende Konzepte, notwendige Veränderungen und konkrete Forderungen an Fachpraxis und Bildungspolitik.

### Erkenntnisse und nächste Schritte

Bewährte Konzepte und Erfahrungen mit mehrsprachiger Bildung sind bereits vorhanden, etwa in bilingualen Einrichtungen und Community-Organisationen. Dennoch fehlen verbindliche Standards und ausreichende Ressourcen. Monolinguale und defizitorientierte Perspektiven sowie gesellschaftliche Sprachhierarchien prägen weiterhin die Bildungspraxis. Insbesondere sogenannte staatenlose und historisch verfolgte Sprachen wie Kurdisch und Romanes erfahren zu wenig institutionelle Anerkennung.

### Handlungsempfehlungen

Mehrsprachigkeit strukturell verankern: Fachliche Standards, Bildungsprogramme und diagnostische Verfahren so anpassen, dass sie die sprachliche Vielfalt und Lebensrealitäten von Kindern angemessen berücksichtigen und auch marginalisierte Sprachen sichtbar machen und fördern.

Gesetzliche Grundlagen umsetzen: Die Förderung von Zwei- und Mehrsprachigkeit gemäß § 15 Schulgesetz Berlin konsequent umsetzen und dafür verbindliche Standards und Zuständigkeiten schaffen.

Expertise einbeziehen: Mehrsprachige Communitys und Community-Organisationen als Expert*innen an der Entwicklung und Umsetzung fachlicher Konzepte und Standards beteiligen. Professionalisierung stärken: Mehrsprachigkeit sowie diskriminierungs- und dominanzkritische Perspektiven auf Sprache verbindlich in Studium, pädagogischer Aus- und Weiterbildung sowie fachlicher Reflexion verankern.

# Politischer Handlungsbedarf

Um den Ausbau dauerhaft zu sichern, sind ausreichende Personal- und Finanzressourcen, finanzierte Fortbildungszeiten, qualifizierte Sprachmittlung sowie verbindliche Rahmenbedingungen für mehrsprachige Bildung erforderlich.




*Vorstellung der Erkenntnisse und Forderungen zur frühen Bildung und Mehrsprachigkeit.*

## Dialogforum 2

### Mehrsprachigkeit, Zugehörigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

**Leitung: Rachel Nangally und Elizabeth Ragwar,Sources d'Espoir e. V.**

Mehrsprachigkeit schafft Zugänge,stärkt Zugehörigkeit und fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aufbauend auf den Ergebnissen des vorausgegangenen BEFaN-Dialogforums wurden Strategien erörtert, wie Bildungseinrichtungen, Kommunenund zivilgesellschaftliche Akteur*innen Begegnungen ermöglichen, Einsamkeit entgegenwirken und gleichberechtigte Teilhabefördern können. Ziel war es, Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Stärkung von Zugehörigkeit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Teilhabe zu entwickeln.

**Erkenntnisse und nächste Schritte**

Gesellschaftliche Teilhabe setzt mehr voraus als den Zugang zu verständlichen Informationen. Menschen müssen sich gehört, respektiert und als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft anerkannt fühlen. Gegenseitige Akzeptanz, die Bereitschaft zuzuhören und wertschätzende Kommunikation sind dafür wichtige Voraussetzungen. Sprachbarrieren und bürokratische Hürden erschweren besonders den Kontakt mit Schulen und Verwaltungen. Schwer verständliche Fachbegriffe, schnelles Sprechen, fehlende Erklärungen, Vorurteile und ungleiche Machtverhältnisse behindern den Austausch.

Verständigung ist daherauch Verantwortung der Institutionen und ihrer Mitarbeitenden. Unterschiedliche Sprachen und Perspektiven solltenanerkannt werden. Dazu gehören verständliche Sprache, der Einsatz Leichter Sprache, das Erklären und Lernen von Fachbegriffen sowie die Offenheit, selbst Wörter aus anderen Sprachen zu lernen. Mehrsprachigkeit sollte als Ressource gelten; Menschen dürfen nicht auf ihre Deutschkenntnisse reduziert werden.

Als gelingende Beispiele wurden „Essen aus aller Welt", Frauentreffs, Sprachcafés und der interkulturelle Garten in Köpenickgenannt. Diese Angeboteermöglichen Begegnung, Austausch und Zugehörigkeit und bieten konkrete Ansatzpunkte, um Einsamkeit entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Bestehende Angebote und Netzwerke sollten sichtbarer gemacht, Informationen regelmäßig aktualisiertund Wegweiser zur Orientierung genutztwerden. Migrant*innenorganisationen sind wichtige Partner und benötigen mehr Unterstützung durch die Verwaltung. Zudem wurden Förderlücken bei bilingualen Kitas benannt. Ein Dolmetscherpool kann sprachliche Zugänge in unterschiedlichen Lebensbereichen verbessern.

**Handlungsempfehlungen**

Zentrale Informationen verständlicher machen. Eine beteiligte Einrichtung prüft gemeinsam mit Nutzer*innen und einer Migrant*innenorganisation zunächsteinen häufig genutzten Informationstext. Sprache, Kontaktwege und vorhandene Übersetzungen werden verbessert; weiterer Übersetzungsbedarf wird benannt.

Bestehende Beschwerdewege sichtbar machen. Die Leitung benennt eine erreichbare Ansprechperson und erklärt, wie Beschwerden eingehen und bearbeitet werden. Kontakte zu vorhandenen unabhängigen Beratungsstellen werden ergänzt. Betroffene erhalten eine verständliche Rückmeldung.

Begegnung und Rückmeldung erproben. Ein Bezirkspartner oder eine Einrichtung kann einen bestehenden Treffpunkt für ein gemeinsames mehrsprachiges Gesprächsangebot nutzen. Mit den Beteiligten werden passende Zeiten und Themen geklärt und anschließend Zugang und Resonanz ausgewertet.

## Politischer Handlungsbedarf

Aus den Diskussionen ergibt sich die Forderung, Mehrsprachigkeit und gleichberechtigte Teilhabe als Querschnittsaufgaben in Verwaltung, Bildung und gesellschaftlichem Zusammenleben zu verankern. Dazu gehören der Abbau sprachlicher und institutioneller Barrieren, die Bekämpfung von Diskriminierung sowie die Unterstützung von Organisationen und Angeboten, die Begegnung und Zugehörigkeit ermöglichen.

### Mehrsprachige und verständliche Kommunikation stärken

Behörden, Schulen und Kitas sollten Informationen verständlich und bei Bedarf mehrsprachig bereitstellen. Fachbegriffe sollten erklärt und geeignete Informationsformate genutzt werden. Der Zugang zu qualifizierter Sprachmittlung sollte verbessert werden.Als konkrete Möglichkeit wurde ein Dolmetscherpool vorgeschlagen, unter anderem für Kontakte mit Ämtern, ärztlichen Praxen und Apotheken.

### Interkulturelle Bildung und Antidiskriminierung fördern

Mitarbeitende in Behörden, Schulen und Kitas sollten durch Fortbildungen zu interkultureller Kommunikation und Antidiskriminierung unterstützt werden. Dabei sollten Vorurteile, ungleiche Machtverhältnisse und ein respektvoller Umgangmit unterschiedlichen sprachlichen und kulturellen Erfahrungen berücksichtigt werden.

### Migrant*innenorganisationen besser unterstützen

Migrant*innenorganisationen sollten von der Verwaltung stärker unterstützt und als Partner in die Weiterentwicklung von Angeboten einbezogen werden. Dazu gehören bedarfsgerechte organisatorische, finanzielle und personelle Unterstützung sowie zugängliche Förder- und Antragsverfahren.

### Mehrsprachige frühkindliche Bildungstärken

Bilinguale Angebote in Kitas sollten gefördert und bestehende Förderhindernisse abgebaut werden. Der benannte Fördermangel sollte zum Anlass genommen werden, die Situation der betreffenden Einrichtungen genauer zu erfassen und gemeinsam mit den zuständigen Stellen Verbesserungen zu erarbeiten.

### Politische Bildung, Vernetzung und Begegnung weiterentwickeln

Politische Bildung sollte verständlich und zugänglich gestaltet werden. Menschen mit unterschiedlichen sprachlichen Erfahrungen sollten Angebote und Entscheidungen mitgestalten können. Bestehende Begegnungsangebote sollten unterstützt und besser vernetzt, Informationen über Angebote, Netzwerke und Anlaufstellen aktuell und leicht auffindbar gemacht werden. Dabei sollte an bewährte Formate und die Erfahrungen der beteiligten Organisationen angeknüpft werden.




*Vorstellung der Ergebnisse zu Zugehörigkeit, sprachlichen Barrieren und Diskriminierungsschutz.*

## Dialogforum 3
## Bibliotheken als Orte der Vielfalt und demokratischen Teilhabe

**Leitung: Clara Giacalone, Stadtbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg (Mittelpunktbibliothek Wilhelm Liebknecht/Namık Kemal), und Valentina Dann, Stadtbibliothek Treptow-Köpenick**

Bibliotheken sind weit mehr als Orte der Medienausleihe. Als konsumfreie Lern-, Begegnungs- und Demokratieräume hat ihre Funktion als sogenannte Dritte Orte in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Im Dialogforum wurde erörtert, wie Bibliotheken als offene, diskriminierungssensible und mehrsprachige Bildungs- und Begegnungsorte weiterentwickelt werden können. Im Mittelpunkt standen mehrsprachige Angebote,niedrigschwellige Zugänge und langfristige Kooperationen mit Communities und Migrant*innenorganisationen, um neue Zielgruppen zu erreichen und die kulturelle sowie gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Ziel war es, Handlungsempfehlungen für Bibliotheken als Orte der Vielfalt, Bildung und demokratischen Begegnung zu entwickeln.

### Erkenntnisse und nächste Schritte

Die Veranstaltungsreihe, der Fachtag und die Kooperationsgespräche zeigten, dass die diversitätsorientierte Öffnung in den Bibliotheken unterschiedlich weit entwickelt ist. Sprachliche, soziale und institutionelle Barrieren tragen dazu bei, dass sich die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft weder in der Nutzer*innenschaft noch im Personal ausreichend widerspiegelt. Zugleich gibt es in den Bezirken Bibliotheksangebote, in denen die Einbindung von Communities und Migrant*innenorganisationen gelingt und die diversitätsorientierte Weiterentwicklung unterstützt.

Häufig sind diese Projekte jedoch nicht ausreichend sichtbar und zugänglich. Der Austausch zwischen Bibliotheken sowie mit Communities und Migrant*innenorganisationen im Rahmen der BEFaN-Veranstaltungen macht deutlich, dass Bibliotheken voneinander lernen können. Langfristige und nachhaltige Partnerschaften sind wichtig,um neue Zielgruppen zu erreichen und Bibliotheken als Ortefür alle sichtbarzu machen. Die Workshop-Erkenntnisse zeigen außerdem, dass Bibliotheken für verschiedene Communities besonders zugänglich sind, wenn sie mehrsprachiges Personal beschäftigen. Das ermöglicht Beratung in verschiedenen Sprachen und signalisiert zugleich kulturelle Offenheit und Respekt vor der Vielfalt der Stadtgesellschaft.

### Handlungsempfehlungen

**Bedarfe gemeinsam prüfen**. Eine Partnerbibliothek und interessierte Migrant*innenorganisationen sammeln Rückmeldungen zu Sprachen, Medienwünschen und Nutzungshürden. Die Bibliothek prüft,was bereits vorhanden ist und im bestehenden Erwerbungsbudget ergänzt werden kann.

**Ein gemeinsames Angebot umsetzen**. Als erster Schritt bietet sich eine mehrsprachige Lesung, ein Gespräch oder eine Beratung zum Bibliotheksangebot an. Bibliothek und Kooperationspartner klären vorab Raum, Termin,Aufgaben und verfügbare Mittel; fachliche Leistungen sind angemessen zu vergüten.

**Kooperation und Zugangverbessern.** Die Bibliothek benenn teine feste Kontaktperson. Verständliche Informationen zu Anmeldung, Ausleihe und Veranstaltungen werden über Partnerorganisationen verbreitet. Erfahrungen und weiterer Bedarf werden gemeinsam ausgewertet.

### Mögliche Weiterentwicklung

Als mögliche Weiterentwicklung wurde eine Arbeitsgruppe für Bibliotheken unter dem Dach von BEFaN vorgeschlagen. Sie könnte Bibliotheken und Migrant*innenorganisationen zusammenbringen und einen kontinuierlichen Austausch ermöglichen. So könnten Bibliotheken voneinander lernen, Erfahrungen mit der diversitätsorientierten Öffnung teilen und Angebote zu Mehrsprachigkeit und Teilhabe gemeinsam weiterentwickeln. Ein erster Schritt wäre, das Interesse der bisherigen Kooperationspartner*innen zu erfragen und gemeinsam Ziele und Rahmenbedingungen zu klären.

## Politischer Handlungsbedarf

Dauerhafte mehrsprachige Bestände,regelmäßige Angebote und vergütete Kooperationen benötigen feste Budgets und zusätzliches Personal. Der Berliner Senat sollte gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die den Mehrbedarf an Ressourcen – Budget, Personal und Bibliotheksstandorte – finanzieren. Eine Möglichkeit ist, den Bildungsauftrag zur Förderung von Mehrsprachigkeit bei einer Weiterentwicklung des seit September 2026 bestehenden Berliner Bibliotheksgesetzes gesetzlich zu verankern. Das Gesetz verankert die Öffentlichen Bibliotheken Berlins als grundlegende Infrastruktur der sozialen, kulturellen und edukativen Daseinsvorsorge und als Pflichtaufgabe des Landes und der Bezirke. So können Bibliotheken als Dritte Orte der Vielfalt ihre volle Wirkung entfalten, wenn sie diversitätsorientierte Personalentwicklung als strategisches Ziel verfolgen. Die Verankerung der Einstellung mehrsprachigen Personals im Berliner Bibliotheksgesetz ist ein wichtiger Schritt,um diese Ziele rechtlich abzusichern und strukturell zu verankern.




***Ergebnispräsentation des Dialogforums zu Bibliotheken und demokratischer Teilhabe.***

# Dialogforum 4

## Elternpartizipation als Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und demokratische Teilhabe

**Leitung: Filiz Çelebi, Türkischer Elternverein in Berlin-Brandenburg e. V., und Philipp Bieseke, Yekmal e. V.**

Erfolgreiche Bildungsarbeit gelingt nur gemeinsam mit Eltern. Im Dialogforum wurde erörtert, wie diskriminierungssensible Beteiligungsstrukturen geschaffen, Zugangsbarrieren abgebaut und Eltern unabhängig von Sprache, Herkunft oder Bildungsbiografie als aktive Bildungs- und Erziehungspartner*innen einbezogen werden können. Ziel war es, praxisnahe Handlungsempfehlungen für mehr Bildungsgerechtigkeit und nachhaltige Elternpartizipation zu entwickeln.

### Erkenntnisse und nächste Schritte

Ein transparenter und niedrigschwelliger Informationsfluss ist wichtig für die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Institutionen. Verschiedene Kommunikationskanäle sollten Eltern auf unterschiedlichen Wegen erreichen. Auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den beteiligten Institutionen sollten verbessert werden. Da Informationen häufig mit Erwartungen oder Verantwortlichkeiten verbunden sind, sollten sie ohne unmittelbare Verpflichtungen oder Verantwortungszuschreibungen zugänglich sein. Ziel ist ein offener Austausch, der Vertrauen zwischen Eltern und Institutionen aufbaut.

### Beteiligung und Diskriminierung

Gezielte Konzepte für die Elternarbeit in Schulen und Kindertagesstätten sollten unterschiedliche Lebensrealitäten und Bedürfnisse berücksichtigen und allen Eltern gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Elternbeteiligung sollte nicht auf formelle Gremien wie Elternvertretungen oder Schulkonferenzen beschränkt sein. Ergänzend braucht es informelle Räume für Begegnung und Austausch, etwa offene Treffen, gemeinsame Aktivitäten oder niedrigschwellige Angebote. So können auch Eltern erreicht werden, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht in formellen Strukturen engagieren können oder möchten.

Institutionen sollten eigene Konzepte und Maßnahmen entwickeln, um Diskriminierung entgegenzuwirken. Externe Fachstellen und Projekte können in die Erarbeitung und Umsetzung einbezogen oder unabhängige Diskriminierungsbeauftragte eingesetzt werden. Externe Perspektiven und Fachkenntnisse helfen, Strukturen kritisch zu prüfen sowie diskriminierende Praktiken frühzeitig zu erkennen und abzubauen. Insbesondere Schulen müssen sich stärker für Eltern öffnen, Barrieren abbauen und eine wertschätzende, diskriminierungssensible Zusammenarbeit fördern, damit sich alle Eltern willkommen und ernst genommen fühlen und zur Beteiligung ermutigt werden.

### Personal und Fachkräfte

Die Qualifizierung von Fachkräften ist zentral für gelingende Elternarbeit und den Abbau von Diskriminierung. Bereits in der Ausbildung sollten angehende Fachkräfte verpflichtend für unterschiedliche Lebensrealitäten, Diskriminierungsmechanismen und mögliche Vorurteile sensibilisiert werden. Auch die professionelle Zusammenarbeit mit Eltern sollte fester Bestandteil der Ausbildung sein. Gezielte Schulungen und prozessbegleitende Fortbildungen können Fachkräfte dabei unterstützen, vertrauensvolle Kommunikation aufzubauen, mit unterschiedlichen Erwartungen umzugehen und Eltern in Bildungs- und Erziehungsprozesse einzubeziehen.

Elternarbeit muss als fester Bestandteil der beruflichen Tätigkeit anerkannt und innerhalb der regulären Arbeitszeit von Lehrkräften berücksichtigt werden. Ausreichend Zeit und Ressourcen ermöglichen eine kontinuierliche, wertschätzende und bedarfsgerechte Zusammenarbeit.

Insbesondere ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Schulsozialarbeit notwendig. Regelmäßiger Austausch und abgestimmte Vorgehensweisen helfen, die unterschiedlichen Kompetenzen beider Berufsgruppen zu nutzen und Eltern gezielter zu unterstützen.

Familienzentren im Kiez sollten stärker in die Zusammenarbeit mit Schulen und Kindertagesstätten eingebunden werden. Als wohnortnahe Anlaufstellen können sie eine Brückenfunktion zwischen Familien und Bildungseinrichtungen übernehmen. Ihre Vernetzung mit weiteren Akteur*innen im Sozialraum ermöglicht niedrigschwellige Unterstützungs- und Begegnungsangebote, die sich an den konkreten Bedürfnissen der Familien orientieren. Auch externe Projekte können neue Zugänge zur Elternarbeit eröffnen und die Zusammenarbeit über einzelne Institutionen hinaus stärken.

**Handlungsempfehlungen**

**Mit einem konkreten Informationsbedarf beginnen**. Eine Kita oder Schuleprüft mit Eltern,welche Informationen zu Rechten, Wahlen und Gremien fehlen. Als erster Schritt wird eine kurze, verständliche Übersicht mit Kontaktpersonen erstellt;vorhandene mehrsprachige Materialien werden genutzt.

**Beteiligung an einer Entscheidung erproben.** Die Leitung wählt mit Eltern ein konkretes Thema, etwa Kommunikation oder Veranstaltungsplanung. Familien werden persönlich angesprochen; Termine und analoge oder digitale Rückmeldewege werden gemeinsam abgestimmt. Die Einrichtung erklärt anschließend, welche Vorschläge berücksichtigt wurden.

**Elternvertretungen und Beratung verbinden.** Eine Migrant*innenorganisation oder Elternberatung kann über bestehende Angebote informieren und den Zugang zu Gremien unterstützen. Aufgaben und Ressourcen werden vorab geklärt. Wo Sprachmittlung oder Kinderbetreuung fehlen, wird der konkrete Bedarf an den Träger zurückgemeldet.

**Politischer Handlungsbedarf**

Erforderlich ist eine offene und institutionenübergreifende Zusammenarbeit, die Eltern nicht nur als Ansprechpersonen bei Problemen oder als Mitglieder formeller Gremien versteht, sondern als wichtige Partner*innen im Bildungs- und Entwicklungsprozess ihrer Kinder anerkennt.
Niedrigschwellige Informationen, informelle Begegnungsräume, diskriminierungssensible Strukturen und eine bessere Vernetzung der Fachkräfte und Einrichtungen schaffen dafür wichtige Voraussetzungen. Qualifizierte Sprachmittlung, bei Bedarf Kinderbetreuung, Fortbildungszeit und eine verlässliche Förderung der Elternarbeit müssen von Bildungsverwaltung und Trägern finanziert und abgesichert werden.




***Vorstellung konkreter Forderungen zur Elternpartizipation.***

## Fishbowl-Diskussion

*„Wie gelingtMit(Sprache)? – Mehrsprachigkeit stärken, Teilhabe ermöglichen, Bildungsgerechtigkeit gestalten“*




*Die Fishbowl verband die Ergebnisse der Dialogforen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten.*

Die Fishbowl führte die Fragen und Forderungen aus den vier Dialogforen in einer gemeinsamen Diskussion zusammen. Unter der Moderation von Matthias Hofmann, Yekmal e. V., trafen Perspektiven aus Bildungspraxis, Elternvertretung, Gewerkschaft, Bibliotheken und Zivilgesellschaft aufeinander. Die fachlich vielfältige Besetzung ermöglichte es, die Anliegen aus unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen zu betrachten.

Das Gespräch bot Raum, die Ergebnisse über die einzelnen Arbeitsgruppen hinaus zu beraten: Welche Veränderungen sind notwendig? Wo bestehen institutionelle Handlungsmöglichkeiten? Welche Ressourcen fehlen? Und wer trägt Verantwortung für die Umsetzung? Die Fishbowl machte die Verbindung zwischen den Erfahrungen der Teilnehmenden und den Gestaltungsmöglichkeiten der vertretenen Bereiche zum Gegenstand der gemeinsamen Debatte.

**Mitwirkende**

1. Gökhan Akgün · GEW Berlin
2. Norman Heise · Landeselternausschuss
3. Philipp Lorenz · Wedding-Schule
4. Petra Wagner · Institut Kinderwelten e. V.
5. Eduardo Buanaissa · NARUD e. V.
6. Leslie Kuo · Stadtbibliothek Pankow und Netzwerk rassismuskritische Kinder- und Jugendbibliotheksarbeit
7. Rachel Nangally · Sources d’Espoir e. V.

**Teilhabe braucht Verantwortung**

Die Ergebnisse der Dialogforen bildeten vier miteinander verbundene Ausgangspunkte der Fishbowl:

**Sprachen im Bildungsalltag anerkennen**

Die Sprachen der Kinder müssen in Kitas sichtbar und wertgeschätzt werden. Dafür brauchen Fachkräfte Zeit, Qualifizierung und Rahmenbedingungen, die mehrsprachige pädagogische Arbeit ermöglichen.

**Diskriminierung abbauen und Zugehörigkeit stärken**

Wenn Sprachen abgewertet oder Menschen wegen ihrer Sprache ausgeschlossen werden, hat das Folgen für ihre Teilhabe. Diskriminierungsschutz gehört deshalb zur Förderung von Mehrsprachigkeit.

**Eltern an Entscheidungen beteiligen**

Eltern brauchen verständliche Informationen, Zugänge zu Gremien und wirksame Möglichkeiten, Kita und Schule mitzugestalten – auch wenn Deutsch nicht ihre stärkste Sprache ist.

**Bibliotheken gemeinsam gestalten**

Als öffentliche Orte können Bibliotheken mehrsprachige Angebote und Begegnungen ermöglichen. Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen und den Menschen vor Ort sind dafür entscheidend.




*Die Fishbowl im Plenum mit den Ergebnisplakaten der Dialogforen.*

Für unsere weitere Netzwerkarbeit bleibt die politische Frage zentral: Wer übernimmt Verantwortung dafür, dass aus den Forderungen Veränderungen werden? Die Anliegen betreffen pädagogische Praxis ebenso wie Personalentwicklung, Finanzierung und institutionelle Entscheidungswege.
Mehrsprachige Bildung und Beteiligung brauchen politische Priorität, verbindliche Strukturen und ausreichende Mittel.

# Politische Forderungen

Mehrsprachigkeit ist gesellschaftliche Realität. Ihre Anerkennung und Förderung dürfen nicht vom Engagement einzelner Fachkräfte oder von zeitlich begrenzten Projekten abhängen. Mehrsprachige Bildung, wirksamer Diskriminierungsschutz und demokratische Teilhabe brauchen verbindliche Strukturen, qualifiziertes Personal und eine verlässliche Finanzierung.

Wir richten unsere Forderungen an das Berliner Abgeordnetenhaus, den Senat und die zuständigen Senatsverwaltungen sowie an Bezirke und Träger. Sie sind aufgefordert, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich bestehende Verpflichtungen umzusetzen, Förderlücken zu schließen und die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen.

**1. Mehrsprachige Bildung verbindlich umsetzen und ausbauen**
Mehrsprachigkeit muss in Bildungsprogrammen, pädagogischen Standards und im Alltag von Kitas und Schulen systematisch berücksichtigt werden. Bestehende gesetzliche Aufträge sind durch konkrete Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und verlässliche Finanzierung umzusetzen.

Wir fordern den bedarfsgerechten Ausbau des Erstsprachenunterrichts und bilingualer Bildungsangebote. Dazu gehören die Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften, geeignete Unterrichtsmaterialien und der Abbau von Förderhindernissen. Minorisierte und historisch verfolgte Sprachen wie Kurdisch und Romanes müssen ausdrücklich berücksichtigt werden.

Sprachdiagnostische Verfahren müssen die mehrsprachige Entwicklung von Kindern berücksichtigen. Begrenzte Deutschkenntnisse dürfen nicht mit einer allgemeinen sprachlichen Entwicklungsverzögerung gleichgesetzt werden.

**2. Personal, Qualifizierung und bezahlte Arbeitszeit absichern**
Mehrsprachige und diskriminierungssensible Bildungsarbeit braucht ausreichend qualifiziertes Personal. Mehrsprachigkeit, Antidiskriminierung und die professionelle Zusammenarbeit mit Eltern müssen verbindlich in den einschlägigen Studiengängen, Ausbildungen und Fortbildungen verankert werden.

Wir fordern finanzierte Zeitkontingente für Fortbildung, fachliche Reflexion und die Zusammenarbeit mit Eltern. Diese Aufgaben müssen in der Personalbemessung und Finanzierung der Einrichtungen berücksichtigt werden und innerhalb der bezahlten Arbeitszeit stattfinden können.
Mehrsprachige Kompetenzen sind in Stellenausschreibungen, bei der Personalauswahl und in der Personalentwicklung gezielt anzuerkennen.

**3. Verständliche Kommunikation und qualifizierte Sprachmittlung gewährleisten**
Sprachliche Barrieren dürfen den Zugang zu Bildung, Verwaltung und öffentlichen Angeboten nicht einschränken. Zentrale Informationen zu Angeboten, Rechten, Anmeldungen und Beteiligungsmöglichkeiten müssen verständlich und bedarfsgerecht mehrsprachig zugänglich sein.
Für Aufnahme-, Beratungs-, Entwicklungs- und Konfliktgespräche muss bei Bedarf qualifizierte Sprachmittlung kostenfrei zur Verfügung stehen. Dafür braucht es eine dauerhaft gesicherte Finanzierung, klare Zuständigkeiten und ein einfaches Buchungsverfahren, beispielsweise über einen öffentlich finanzierten Dolmetschpool.

Kinder dürfen nicht als Dolmetschende eingesetzt werden. Sprachmittlung darf nicht von der Verfügbarkeit von Angehörigen oder ehrenamtlicher Unterstützung abhängen.

**4. Diskriminierungsschutz wirksam durchsetzen**
Bestehende Schutzrechte müssen im Alltag von Bildungseinrichtungen und Behörden wirksam werden. Wir fordern verbindliche Antidiskriminierungskonzepte mit klar benannten Verantwortlichkeiten, regelmäßigen Fortbildungen und überprüfbaren Maßnahmen.

Jede Einrichtung benötigt verständliche Informationen über interne und unabhängige Beratungs- und Beschwerdewege. Verfahrensschritte und Bearbeitungsfristen müssen transparent sein. Betroffene müssen Beschwerden ohne Angst vor Nachteilen vorbringen können.

Auch sprachbezogene Diskriminierung muss erkannt und bearbeitet werden. Beschwerden sind datenschutzgerecht zu dokumentieren und anonymisiert auszuwerten, damit wiederkehrende Probleme zu institutionellen Veränderungen führen.

**5. Migrant*innenorganisationen gleichberechtigt beteiligen und verlässlich fördern**
Die Expertise von Migrant*innenorganisationen und mehrsprachigen Communitys muss frühzeitig und kontinuierlich in Bildungsplanung, Qualitätsentwicklung und politische Entscheidungsprozesse einfließen.

Wir fordern verbindliche Vertretungsmöglichkeiten in relevanten Gremien und Arbeitsgruppen sowie eine Beteiligung an der Entwicklung, Umsetzung und Auswertung von Maßnahmen. Für diese Mitwirkung müssen angemessene Vergütungen sowie Personal- und Koordinationsressourcen bereitgestellt werden.

Dauerhafte Strukturen brauchen mehrjährige Fördervereinbarungen, die auch Personal- und Verwaltungskosten abdecken. Förder- und Antragsverfahren müssen verständlicher, zugänglicher und dem Umfang der Förderung angemessen gestaltet werden.

**6. Elternpartizipation als reguläre Aufgabe absichern**
Eltern müssen unabhängig von Sprache, Herkunft und Bildungsbiografie an der Gestaltung von Kitas und Schulen mitwirken können. Wir fordern Beteiligungskonzepte, die gemeinsam mit Eltern entwickelt und regelmäßig überprüft werden.

Einrichtungen müssen verständlich darüber informieren, welche Rechte Eltern haben, wo sie mitentscheiden können und wie ihre Vorschläge berücksichtigt werden. Neben schulischen Gremien braucht es niedrigschwellige Beteiligungsformate wie mehrsprachige Elterncafés, offene Sprechstunden, thematische Gesprächsrunden und gemeinsame Projekte. Sie müssen zeitlich flexibel, verständlich und bei Bedarf mit Sprachmittlung und Kinderbetreuung gestaltet werden, damit Eltern ihre Perspektiven einbringen und Entscheidungen mitgestalten können. Die Zusammenarbeit mit Eltern muss auch durch ausreichende Personalzeit finanziert werden.

**7. Bibliotheken als mehrsprachige Bildungs- und Begegnungsorte stärken**
Öffentliche Bibliotheken brauchen verlässliche Ressourcen, um die sprachliche Vielfalt Berlins in ihren Beständen, Angeboten und Personalstrukturen abzubilden.

Wir fordern, mehrsprachige Bestände, regelmäßige Veranstaltungen und Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen verbindlich in der Bibliotheksentwicklungsplanung und in Zielvereinbarungen zu berücksichtigen. Dafür sind ausgewiesene Budgets, ausreichende Personalressourcen und eine angemessene Vergütung der Kooperationspartner vorzusehen.

Die Auswahl und Entwicklung der Angebote soll gemeinsam mit den Communitys erfolgen. Mehrsprachige Kompetenzen und diskriminierungssensible Arbeit müssen bei der Personalgewinnung und Qualifizierung gezielt berücksichtigt werden.

**8. Begegnung und demokratische Teilhabe dauerhaft fördern**
Niedrigschwellige Begegnungsangebote, politische Bildung und die Vernetzung im Sozialraum brauchen eine verlässliche öffentliche Finanzierung. Angebote müssen gemeinsam mit den Menschen entwickelt werden, die sie erreichen sollen.

Wir fordern mehrjährige Fördermöglichkeiten für die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Familienzentren, Verwaltung und Migrant*innenorganisationen. Die Förderung muss auch Koordination, Beziehungsarbeit, Raumnutzung und die vergütete Mitwirkung von Communitys abdecken.

Angebote sollen wohnortnah, kostenfrei oder kostengünstig sowie sprachlich und zeitlich zugänglich sein. Ihre Weiterentwicklung muss auf den Erfahrungen und Rückmeldungen der Beteiligten aufbauen.

# Verantwortung übernehmen und Umsetzung sichern

Alle angesprochenen Akteur*innen sind aufgefordert, die Forderungen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich aufzugreifen, konkrete Umsetzungsschritte festzulegen und die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen. Wo Zuständigkeiten ineinandergreifen, braucht es verbindliche Abstimmung und Zusammenarbeit.

Fortschritte und bestehende Lücken müssen transparent gemacht werden. Die Menschen und Organisationen, deren Perspektiven und Erfahrungen den Forderungen zugrunde liegen, sind an der Umsetzung und Weiterentwicklung zu beteiligen.

# Abschluss und Ausblick

Der Fachtag hat Erfahrungen und Wissen zusammengebracht und konkrete Ansatzpunkte für Veränderungen sichtbar gemacht. Die Beiträge zeigten, wie eng sprachliche Anerkennung, Schutz vor Diskriminierung und demokratische Beteiligung miteinander verbunden sind. Für Kinder und Familien entscheidet sich die Wirksamkeit dieser Anliegen im Alltag: beim Zugang zu einer Einrichtung, im Gespräch mit Fachkräften, im Unterricht und bei der Möglichkeit, Entscheidungen mitzugestalten.

Als BEFaN-Netzwerk nehmen wir die Ergebnisse in unsere weitere Arbeit mit. Wir wollen die Forderungen mit den verantwortlichen Institutionen beraten und die Zusammenarbeit zwischen Migrant*innenorganisationen, Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Verwaltung und Politik vertiefen. Die Erfahrungen der Familien müssen dabei den Ausgangspunkt bilden und in der Bewertung der Veränderungen Gewicht erhalten.

Institutionelle Anerkennung zeigt sich darin, welche Sprachen Raum erhalten, wessen Wissen in Entscheidungen einfließt und welche Beteiligung tatsächlich möglich wird. Mehrsprachige Bildung, diskriminierungssensible Einrichtungen und Elternpartizipation dürfen nicht allein vom Einsatz einzelner Menschen abhängen. Sie brauchen Entscheidungen und Mittel, die dauerhaft Bestand haben.

Mit(Sprache) bedeutet für uns, dass Kinder und Familien mit ihren Sprachen und Perspektiven selbstverständlich dazugehören und Bildungsprozesse mitgestalten können. Der nächste Schritt ist, diesen Anspruch in verbindliche institutionelle Praxis zu übersetzen. Dafür braucht es Verantwortliche, die handeln, und eine Zusammenarbeit, die Veränderungen gemeinsam überprüft.

Die musikalischen Beiträge machten Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt sinnlich und emotional erlebbar. Die Berliner Gruppe Sazendeli brachte mit türkischen, kurdischen, armenischen und lasischen Liedern die sprachliche und musikalische Vielfalt Anatoliens auf die Bühne. Das moldauische Ensemble „Floare de cireș“ (Kirschblüte) bereicherte den Fachtag mit rumänischer Musik.

Die Auftritte schufen eine lebendige, wertschätzende Atmosphäre und eröffneten einen weiteren Zugang zu den Themen Sprache, Identität und Zugehörigkeit. Sie ergänzten den fachlichen Austausch und machten deutlich, wie Musik Begegnung ermöglichen und Menschen über sprachliche Grenzen hinweg verbinden kann.



*Berliner Gruppe Sazendeli*




*Ensemble „Floare de cireș“ (Kirschblüte)*

Wir danken allen Teilnehmenden und Mitwirkenden, den beteiligten Organisationen und Kooperationspartner*innen sowie den Helfer*innen für ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihren Einsatz. Sie haben den Fachtag zu einem Ort des Austauschs und der gemeinsamen Weiterarbeit gemacht.

# Anlage Einladung und angekündigtes Programm

## 12. Berliner Fachtag“ Mit(Sprache)-Mehrsprachigkeit stärken. Diskriminierung abbauen. Demokratie leben.




Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns sehr, Sie auch in diesem Jahr zu unserem 12. Berliner Fachtag Mehrsprachigkeit und Bildung einladen zu dürfen

**12. Berliner Fachtag**
**”Mit(Sprache) – Mehrsprachigkeit stärken. Diskriminierung abbauen. Demokratie leben”**

**23. September 2026**
**10:00–17:00 Uhr**
**im Nachbarschaftshaus Urbanstraße**
**(Urbanstr. 21, 10961 Berlin)**

Mehrsprachigkeit ist gelebte Realität in Berlin. Ihre Anerkennung, Förderung und strukturelle Verankerung sind wichtige Voraussetzungen für Bildungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Zusammenleben.

Der diesjährige Fachtag bildet den Höhepunkt einer bezirksübergreifenden Veranstaltungsreihe. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Mehrsprachigkeit in Bildungs-, Kultur- und öffentlichen Institutionen nachhaltig gestärkt und verankert werden kann, um Barrieren abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

In vier Dialogforen wollen wir zentrale Perspektiven gemeinsam diskutieren:

- Mehrsprachigkeit von Anfang an leben
- Zugehörigkeit, Mehrsprachigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Bibliotheken als Orte der Vielfalt und demokratischen Teilhabe
- Elternpartizipation als Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und demokratischer Teilhabe

Grußworte, ein Impulsvortrag, kulturelle Beiträge sowie eine abschließende Fishbowl-Diskussion mit Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ergänzen das Programm.

Der Fachtag richtet sich an Fachkräfte, Eltern sowie Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Er bietet Raum für fachlichen Austausch, Vernetzung und gemeinsame politische Impulse.

Der Fachtag findet in Kooperation mit der Stadtbibliothek Pankow, den Bezirksämtern Pankow und Treptow-Köpenick, der GEW Berlin, dem Nachbarschaftshaus Urbanstraße sowie verschiedenen Migrant*innenorganisationen statt.

Lassen Sie uns gemeinsam ein starkes Zeichen für Mehrsprachigkeit, Bildungsgerechtigkeit und eine demokratische, vielfältige Gesellschaft setzen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und den gemeinsamen Austausch mit Ihnen.

Anmeldung:

*Originaleinladung des BEFaN-Netzwerks zum 23. September 2026.*

# Angekündigtes Programm am Vormittag




*Originaleinladung des BEFaN-Netzwerks zum 23. September 2026.*

# Angekündigtes Programm am Nachmittag

## Programm




**14:15–14:30 Uhr | Präsentation der Ergebnisse der Dialogforen**

**14:30–16:00 Uhr | Fishbowl-Fachforum**
*„Wie gelingt Mit(Sprache)? – Mehrsprachigkeit stärken, Teilhabe ermöglichen, Bildungsgerechtigkeit gestalten“*

**Impulsgeber*innen:**

- Katarina Niewiedzial, Beauftragte des Berliner Senats für Partizipation, Integration und Migration
- Gökhan Akgün, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin
- Norman Heise, Vorsitzender des Landeselternausschusses Berlin
- Philipp Lorenz, Schulleiter der Wedding-Schule
- Petra Wagner, Institut Kinderwelten e. V.
- Leslie Kuo, Netzwerk „Rassismuskritische Kinder- und Jugendbibliotheksarbeit“
- Eduardo Buanaissa, NARUD e. V.
- Rachel Nangally, Sources d’Espoir e. V.

**Moderation:** Matthias Hofmann, Yekmal e. V.

**16:00–16:20 Uhr | Kultureller Beitrag**
Das moldauische Ensemble „Floare de cireş’ (Kirschblüte)

**16:20–16:40 Uhr | Gemeinsamer Ausblick und Verabschiedung**
Remziye Uykun

**Ab 16:40 Uhr | Ausklang und Networking**

Anmeldung:

*Originaleinladung des BEFaN-Netzwerks zum 23. September 2026.*